

# Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice,  
ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller,  
Sp. z ogr. odp., Konto 301 989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche),  
Bezugspreis: 5 Zloty.

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitrreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebener Insätze wird keine Gewähr übernommen und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden.

## Treviranus heute in Oberschlesien

### Besichtigung der Hochwasserschäden

Oppeln, 7. November. Der Reichskommissar für die Osthilfe, Minister Treviranus, trifft am heutigen Sonnabend, vormittags 10 Uhr, von Breslau kommend, in Oppeln ein. Sein Besuch gilt in erster Linie der Landstelle für die Osthilfe und den Kreisen, die durch das Hochwasser geschädigt worden sind. Nach einem Besuch bei der Landstelle findet eine kurze Besprechung beim Oberpräsidenten statt, zu der auch Oberbürgermeister Dr. Berger, Landrat Graf von Matzka, Landgerichtsrat a. D. von Stoephafius von der Industrie- und Handelskammer und andere Vertreter von Behörden und Kammern eingeladen worden sind. Gegen Mittag wird der Minister die Fahrt durch die Kreise Oppeln, Cösl, teilweise Gleiwitz nach Ratibor fortsetzen. In Ratibor findet beim Landeshauptmann eine Abschlusssitzung statt, zu der gleichfalls die Führer der Wirtschaftskreise hinzugezogen werden. Hier wird von der Industrie- und Handelskammer Kammerpräsident Generaldirektor Dr. Brenneke den Besprechungen beiwohnen.

### Die alten Gegensätze in Genf

(Telegraphische Meldung)

Genf, 7. November. Der Vorbereitende Ausschuß begann die Beratung des Konventionsentwurfs für eine allgemeine Herabsetzung und Beschränkung der Küstengeschäfte. zunächst wurde auf Antrag Lord Cecils beschlossen, den Artikel des Entwurfs über die Festsetzung der Offenkultärkraft der Landstreitkräfte durch Vorschriften hinsichtlich der Seestreitkräfte zu ergänzen. In der Aussprache zeigte sich gleich, daß die alten Gegensätze weiterbestehen trotz der Ergebnisse der Londoner Flottenkonferenz. Die Vertreter Frankreichs und Italiens hielten ihre früheren Vorbehalte aufrecht, daß nämlich die Beschränkung der Offenkultärkraft zur See nach den gleichen Bedingungen vorgenommen werden müsse, wie sie in dem Entwurf für die Landstreitkräfte vorgeschlagen werden. Verschiedene Delegierte erklärten, Richtlinien ihrer

Regierungen einholen zu müssen. Die Versprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Graf Bernstorff lenkte die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf einen noch von früher vorliegenden deutschen Antrag, wonach das jährliche Truppenkontingent und die Gesamtdauer der Dienstzeit nicht die von jedem Staat angenommene Grenze überschreiten dürften. Der Antrag verlangt weiter, daß die Dauer der aktiven Dienstzeit besonders angegeben werden muss. Graf Bernstorff betonte, daß der Ausschuss jetzt noch einmal Gelegenheit erhalte, die ausgebildeten Referenzen in den Entwurf aufzunehmen und so zu beweisen, daß man zu einer wirklichen Abrüstung kommen wolle. Der Ausschuss beschloß, am Sonnabend zu dem Antrag Steuerung zu nehmen.

## Dammdurchstich bei Frankfurt a. O.

(Telegraphische Meldung)

Frankfurt a. O., 7. November. Die Oder erreichte in der Nacht im Frankfurter Stadtgebiet mit 5,35 Meter ihren höchsten Stand. Ab 4 Uhr fiel das Wasser um 1–2 Zentimeter. Auch in Cossen und Fürstenberg sinkt der Wasserspiegel langsam. Dagegen werden von weiter oberhalb des Stroms erhöhte Pegelstände gemeldet. In Ratibor wurde ein Stand von 5,80 Meter verzeichnet, also nur 48 Zentimeter weniger als in der Vorwoche.

In der letzten Nacht wurde bei dem Dorfe Reipzig mit den Vorarbeiten für einen Dammdurchstich an dem Flusse Gilang begonnen, da man eine

**Entlastung für das untere Stromgebiet**  
für zweckmäßig hielt. Die Arbeiten, zu denen etwa 200 Einwohner der umliegenden Dörfer herbeizogen wurden, dauerten fünf Stunden und wurden ohne Zwischenfall durchgeführt. Die Durchbruchsstelle wurde mit Maschinen und Sandsäcken gesichert. Gegen 19 Uhr traf die noch austehende Genehmigung des Oberpräsidenten zum Durchstich ein. Darauf wurden unter Aufsicht des Deichhauptmanns Bänkert die letzten Spatenstiche gemacht und sofort floß das Wasser mit unheimlicher Gewalt in das Bruchgelände. Neuerdings soll auch an einer anderen Stelle des Gilangs, bei Schwetzing, der Damm in Gefahr sein.

In Ostrik ist die Lage noch schlimm, die Straßen sind überflutet, das Vieh ist aus den Ställen herausgeführt worden. Reichswehrkommandos haben sich durch ihre Unterstützung große Verdienste erworben. Auch die Ablösung und Versiegung der Hilfsmannschaften erfolgt zu Wasser. In Schmölln a. d. Odra, das gleichfalls vom Wasser umgeben ist, fällt die Flut seit Mitternacht etwas. Die Betonbrücke über die Odra zeigt in der südlichen Stirnwand Risse. Im Groß-Kraftwerk Jinkenhof stehen die Maschinen bis zum Knie im Wasser, obwohl durch einige neue Kreiselräder unausgesetzt das Wasser herausgepumpt wird. Der Kanal damm ist unter Aufsicht aller Kräfte um 20 Zentimeter erhöht worden, um noch größere Überflutungen zu verhindern.

Der Reichskanzler hat aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Deutschen Hochschule für Politik deren Präsidenten Prof. Dr. Taack einen Glückwunschkreis übermittelt.

### Die Untersuchung des Lübecker Säuglingssterbens

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. November. Vom Reichsministerium des Innern wird über die Untersuchungen über die Ursachen des Lübecker Säuglingssterbens u. a. mitgeteilt:

Die Untersuchung der BCG-Kulturen aus Lübeck steht vor dem Abschluß. Es hat sich auch weiterhin bestätigt, daß die Mitte März und in der 2. Hälfte des April 1930 in Lübeck auf festen Nährböden angelegten BCG-Kulturen virulente Tuberkelbazillen nicht enthielten. Dagegen hat

sich die von Professor Deyde am 17. April 1930 in Lübeck angelegte Kultur, die aus einem mit einer vermeintlich reinen BCG-Aufschwemmung geimpften Meerschweinchen gezüchtet worden war, auch bei den weiteren Versuchen als virulente Menschenbazillenkultur erwiesen. Im übrigen hat sich kein Anhaltspunkt dafür gewinnen lassen, daß die frankmachende und tödliche Wirkung eines so großen Teiles der in Lübeck an die Säuglinge verabreichten Impfstoffe durch eine biologische Umwandlung der dort benutzten BCG-Kulturen herbeigeführt wurde. Es laufen jedoch hierüber, wie auch bezüglich der Frage, ob in Lübeck durch die Verwendung bestimmter Nährböden eine Verunreinigung der BCG-Kulturen eingetreten ist, noch einige Versuchsreihen.

### Rykow „beurlaubt“ — in die Wüste!

## Riesige November-Parade in Moskau

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Moskau, 7. November. Die große Novemberfeier Sowjetrußlands gilt schon seit jeher als eine Art jüngstes Gericht. Auch diesmal sind bedeutsame Veränderungen in den leitenden Kreisen vorgenommen worden. Der Vorsitzende der Volkskommissare der Sowjetunion, Rykow, ist „beurlaubt“ worden. In der amtlichen Mitteilung wird die Beurlaubung Rykows mit Gesundheitsrücksichten begründet. Rykow gehört zu den Führern der Rechtsopposition gegen Stalin. Er hat zwar im Juli d. J. auf dem Parteitag ebenso wie Bucharin und Tomski feierlich Abbitte geleistet und war auf seinem Posten belassen worden, aber schon damals glaubten Einige, daß Stalin nur einen günstigen Augenblick abwarte, um

dem Platz kreisen die neuen viermotorigen Kampfflugzeuge. Der Parade folgte der Aufmarsch bewaffneter Kommunisten. Später wurde das neue Grabmal Lenins an der Kremlmauer der Öffentlichkeit übergeben. Es hat die Form eines riesigen Würfels und besteht aus roten, grauen und schwarzen Granitsteinen. Auf dem ganzen ruht ein 60 Tonnen schwerer Porphyrblock. Auf ihm ist in riesigen Lettern der Name „Lenin“ eingraben. Für diese Feier wurden drei Tage lang die Lebensmittelrationen erhöht.

### Chrenerklärung für den verurteilten Bauernführer Heim

(Telegraphische Meldung)

Hamburg, 7. November. Der Schriftsteller Gustav Freytag hat zusammen mit den beiden Dithmarschen Bauernführern Thiesßen und Johannsen der Gattin des im Altonaer Bombenlegerprozeß zu Zuchthaus verurteilten Heim eine Chrenerklärung übersandt. Darin heißt es, daß die Unterzeichner zwar die Handlungsweise Heims nicht billigen könnten, aber Verständnis für seine Motive hätten, nämlich den Wunsch, den Dithmarscher Bauern zu helfen. Sein Verhalten könne daher von ihnen nicht als ehrenrührig angesehen werden.

### Ein netter Vergleich

(Tschechische Sprechfilme in Berlin)

In einer Rede zu der Frage der deutschen Tonfilm in der Tschechei leistete sich der Handelsminister Matuschek den netten Scherz zu erklären, daß angeblich vor Notwendigkeit, daß Produkt den Bedürfnissen des Landes, in das es eingeführt werden soll, anzupassen, kein tschechoslowakischer Filmproduzent so rücksichtslos sein werde, in Berlin einen in tschechischer Sprache gesprochenen Film vorzuführen. Herrn Matuschek scheinen die Tatsachen unbekannt zu sein, daß Prag zu einem wesentlichen Prozentsatz von einer deutschen Minderheit bewohnt wird, deren Vertreter sogar in der Regierung sitzen, was er von Berlin doch nicht wird behaupten wollen, daß die Stadt Prag nur eine kurze Strecke von der deutschen Sprachgrenze in der Tschechoslowakei entfernt liegt und daß schließlich die deutsche Sprache eine Weltsprache ist, die gerade in der Tschechoslowakei ganz allgemein zur Verständigung auch mit anderen fremdsprachigen Ausländern herangezogen wird, denn tschechisch kann ja doch kein Mensch. Im übrigen hätte vor den Ausschreitungen in Prag in Berlin niemand etwas dagegen einzuhauen gehabt, wenn ein tschechischer Filmproduzent sein Geld auf diese Weise hätte herauswerfen wollen, daß er vor einem leeren Hause in Berlin einen tschechischen Tonfilm laufen ließ, den niemand verstand, während die deutschsprachigen Filme in Prag ständig volle Häuser hatten, weil eben gerade sie nicht nur von dem deutschen, sondern fast vom gesamten Prager Publikum verstanden wurden.

### Falsches Gerücht über ein Sparer-Motopfer

(Telegraphische Meldung)

Hamburg, 7. November. Der Herausgeber des Hamburger Wochenblattes „Die Große Glocke“, Hermann Abel, ist festgenommen worden, weil er in seiner Zeitung die Behauptung aufgestellt hatte, es stehe ein Sparer-Motopfer bevor in der Form, daß sich die Sparfassen verpflichten, 20 Prozent der Guthaben zu sperren und 7 Prozent dem Staat zu zuzuführen, Amtlicherseits wird dazu erklärt, daß an diesen Gerüchten kein wahres Wort sei.

Das englische Unterhaus hat den Gesetzesentwurf, der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr heraufsetzt, mit 294 gegen 227 Stimmen angenommen.

# Verhandlung vor den Metall-Schichtern

## Auseinanderlassende Forderungen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. November. Im Reichsarbeitsministerium begannen vormittags vor dem Schiedsgericht, dem Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Brauns als Vorsitzender und Reichsminister a. D. Oberbürgermeister Dr. Barres und Professor Sinzheimer als Beisitzer angehören, die neuen Lohnverhandlungen, durch die der Konflikt in der Berliner Metallindustrie endgültig beigelegt werden soll. Von beiden Parteien wurde nochmals ihr in den früheren Verhandlungen bereits mehrmals zum Ausdruck gebrachter Standpunkt vertreten. Die Arbeitgeber forderten eine 15prozentige Lohnherab-

setzung und lehnten die Forderung der Gewerkschaften, die 40-Stunden-Woche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gesetzlich einzuführen, ab. Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes verlangten demgegenüber Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens und vertraten grundsätzlich den Standpunkt, daß zuerst der Preisabbau vor allem in den wichtigsten Lebensmitteln und Betriebsartikeln kommen müsse, ehe man an einen Lohnabbau denken könne.

Der Schiedsspruch, der bindend sein soll, muß spätestens Sonnabend zustande kommen. Die Verhandlungen dürften sich schwierig gestalten.

## Die Bürgersteuer als Erziehungsmittel

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. November. Im Landtag wurden die Anträge, die zur Errichtung von Pädagogischen Akademien vorliegen, von der Tagesordnung abgelehnt, weil das Zentrum dazu noch Stellung nehmen will. Das Haus begann dann die zweite Beratung der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Erhebung der Gemeinde-Bier-, Getränke- und Bürgersteuer.

Abg. Dr. von Kries (Dnat.) trug die Bedenken seiner Fraktion gegen die neuen Verbrauchssteuern vor. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der preußischen Regierung sei an sich zu begrüßen. Bedenklich seien aber die neuen gesetzgeberischen Absichten auf dem Gebiet

der Arbeitszeit einschränkung. An Stelle eines neunten Schuljahrs sollte man lieber ein Arbeitsdienstjahr im 18. oder 19. Lebensjahr einführen. Vor allem müsse man endlich die Reparationsfrage energisch anpacken.

Abg. Dr. Neumann (DPB) verlangte angesichts des zu erwartenden Gehaltspaktes in den Gemeindehaushalten, daß den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werde, Zuschläge zur Bürgersteuer zu erheben. Die Bürgersteuer müsse organisch mit der Einkommensteuer verbunden werden. Die Gemeinden brauchen eine direkte Steuer, die an jeden die Verantwortung für die beschlossenen Steuern heranbringe.

Abg. Müller (Christl-Nat. Bauernpartei) stimmte der Bürgersteuer und der Biersteuer zu, da seine Freunde sich durch die Einführung dieser Steuern eine Entlastung der Kaufleute versprechen. Auch dieser Redner begrüßte die Bürgersteuer als Erziehungsmittel zur Verantwortung. Die Not der Gemeinden rechtfertige den Erlass der Notverordnung des Reichspräsidenten.

Abg. Donners (WP) meinte, finanziell stände alles Kopf in Reich und Gemeinden, und aus dem Dallas komme man überhaupt nicht mehr heraus. Die Oberbürgermeister hätten sich Theater und Stadien gebaut, ohne an das Sparen für Notzeiten zu denken.

## Der Gehaltsfürzungstermin

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. November. Die Demokraten weisen in einer kleinen Anfrage im Preußischen Landtag darauf hin, durch die Bekanntgabe zweier Termine für die geplante Beamtengehaltsfürzung sei in der Beamenschaft und bei den Angestellten und Arbeitern Erregung und Rechtsunsicherheit hervorgerufen worden. An das Staatsministerium wird die Frage gerichtet, ob es in der Lage und bereit sei, als bald Auskunft über den wirklich und endgültig in Aussicht genommenen Besoldungsfürzungstermin zu geben und welche Stellungnahme sie im Reichsrat einzunehmen gedenke, wenn in dieser Körperschaft Anträge auf Vordatierung der Besoldungsfürzung eingebracht werden.

## Kampf den Lebensmittel-Breisen!

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. November. Reichsnährungsminister Dr. Schiele empfing am Freitag den Präsidenten des Deutschen Städte- und Landwirt, und eine Anzahl Oberbürgermeister führender deutscher Städte, um mit ihnen die Maßnahmen auf dem Gebiete der Preissenkung für Lebensmittel zu besprechen. Der Minister berichtete über den Stand der Verhandlungen und legte die Gründe und Ziele der Preisabsenkungsaktion dar. Unter Hinweis auf die allgemeine Wirtschaftslage und die zur Zeit bestehenden, zum Teil noch überhöhten Spannen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen, rief der Minister an die Vertreter des Städte- und Landwirt für seine Erzeugnisse bekommen, hat er keinen Nutzen, da sie durch Spannen zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher aufgehoben werden. In der Bereinigung dieser Frage liegt die schwierigste Aufgabe, die dem Reichsnährungsminister gestellt ist.

## Abbau der Spiziengehälter bei den Staats-Betrieben

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. November. Die Direktoren und höheren Angestellten der Erwerbsgesellschaften, an denen der Preußische Staat maßgeblich beteiligt ist, haben sich zum Verzicht auf einen Teil ihres Einkommens bereit erklärt. Im Wege dieser Vereinbarung werden die Bezüge über 50 000 M. jährlich um 20 Prozent, die über 25 000 M. um 10 Prozent der Gesamteinkünfte herabgesetzt. Die

Gehälter unter 25 000 M. werden, soweit sie nicht tarifmäßig vereinbart sind, um 6 Prozent gekürzt.

Bei der dem Reich gehörigen Biag (Vereinigte Industrieunternehmungen AG) und ihren Tochtergesellschaften wird eine entsprechende Senkung der Bezüge der Direktoren und höheren Angestellten vorgenommen.

## Fünf-Tage-Woche in Brauereien?

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. November. Innerhalb der führenden Berliner Brauereien sind Bestrebungen im Gange, die Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche zu verkürzen. Diese Bestrebungen verfolgen den Zweck, durch Arbeitszeitstreckung einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß überzuführen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung dieser Maßnahme würde allerdings sein, daß die Arbeitnehmer auf einen Lohnausgleich verzichten.

## „Die Arbeitslosigkeit zieht am Markt des Volkes“ „Ihre Beseitigung die soziale Tat“ — Der Arbeitsminister spricht

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. November. In einer Vertrauensversammlung der Berliner Zentrumsvariante sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über die Arbeitslosenfrage. Nach Ausführungen über die Weltwirtschaftskrise sagte er:

„Die Arbeitslosigkeit in Verbindung mit den Reparationen hat Deutschlands Finanzen nahezu an den Abgrund gebracht. Die Steuerauflagen sind so gut wie restlos erschöpft. Die Arbeitslosenfrage ist für Deutschland wirtschaftlich, finanziell, volkspolitisch und seelisch wichtig. Deutschland ist ein übervölkertes Land; wir befinden uns heute wieder in derselben Lage, die Capri i anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts dahin formuliert hat:

„Wir müssen Menschen oder Waren ausführen!“

des deutschen Volkes in der Welt. Wir müssen alles aufbieten, was menschenmöglich ist, um der Arbeitslosigkeit beizukommen. Das ist Kern und

Sinn des Sanierungsprogramms der Reichsregierung. Wenn die Gesamtanierung von Staat und Wirtschaft in Deutschland gelingt, wenn in absehbarer Zeit eine Million Arbeitsloser mehr in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können, dann ist das die größte soziale Tat, die gegenwärtig die Regierung zu vollbringen in der Lage ist. Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist die Wiederherstellung des Vertrauens zu Staat und Wirtschaft. Diese Aufgabe zerfällt in folgende Einzelaufgaben:

— Ordnungbringung der Finanzen der öffentlichen Hand in Reich, Ländern und Gemeinden;

— vernünftige wirtschaftliche Regelung der Reparationsfrage;

— Rentabelgestaltung der Landwirtschaft;

— Senkung der Gestehungskosten in der deutschen Wirtschaft;

— Arbeitsbeschaffung, evtl. vorübergehende Arbeitsstreckung und Fürsorge für die Menschen, die arbeiten wollen und nicht arbeiten können.

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten schon Schwereres durchgemacht als gegenwärtig. Auch über die jetzige Not kommen wir hinweg, wenn wir wollen.

## Auto rast in eine Gruppe Nationalsozialisten

Walsum. In der Nacht fuhr in Walsum ein Personauto in schnellem Tempo in eine Gruppe von etwa 60 Hamburger Nationalsozialisten, die von einer Versammlung heimkamen. 13 Personen wurden verletzt, drei davon schwer. Bei ihnen besteht Lebensgefahr. Die Erbitterung bei den Nationalsozialisten war so groß, daß der Wagenführer von der Polizei in Schnellhaft genommen werden mußte.

## Mord am Lido

Rom. Am Lido in Venedig wurde eine 26jährige Österreicherin aus Graz namens Irene Meach in einer Badekabine erschossen aufgefunden. Der tödliche Schuß wurde auf etwa 50 Meter Entfernung auf sie abgefeuert worden. In ihrer Tasche fand man die Photographie eines jungen, gut aussehenden Mannes.

## Sechzehnjährige leitet einen Raubmord

### Stundenlanger Verzweiflungskampf des Opfers

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 7. November. Vor kurzem wurde im Berliner Norden der Uhrmacher Ulrich ermordet aufgefunden. Die der Tat verächtigen Personen waren zwei zweifundzwanzigjährige Burschen, ein Tischler Stolpe und ein Zeitungsführer Benziger. Die beiden sind gestern in Pommern festgenommen und haben die Tat gestanden. Die geistige Urheberin und die Anführerin bei der Morde ist ein sechzehnjähriges Mädchen. Diese Neumann. Der Uhrmacher war in die völlige Hörigkeit der Sechzehnjährigen geraten und kam den sehr häufigen Forderungen der Neumann nach Geld und Schmuck nach. Als sie auch noch ihren „Freund“ Stolpe zu mehrfachen Erpressungsversuchen anstiftete, wurde es Ulrich bunt und er stellte seine Zuwendungen ein. Die Neumann erklärte, wenn Ulrich nicht freiwillig herausrücken wolle, so werde man es mit Gewalt tun. Stolpe sprach mit seinem Freunde Benziger. Sie planten einen Raubüberfall.

Das Mädchen fand einen Raubüberfall zu riskant und ordnete an, daß der Uhrmacher zu ermorden sei. Sie selbst leitete die Vorbereitungen dazu ein. Am Abend des 28. Oktober begab sie sich zu Ulrich, der, um sie festlich zu empfangen, noch Tee-gebäck und Weintrauben eingekauft hatte. Die Burschen waren erschöpft und wollten von ihrem Opfer ablassen. Da sprang die Neumann hinzu und sagte, wenn sie zu feige wären, dann würde sie mit einem Beil Ulrich den Schädel einschlagen. Die Burschen stürzten sich nochmals auf den Uhrmacher und ersticken ihn. Sie durchsuchten dann die Wohnung und den Laden nach Geld und Schmuck und flüchteten nach Pommern. Sie wurden bei dem Orte Nebel festgenommen, und auf Grund ihrer Angaben ist auch die Neumann verhaftet worden.









# Kampf um die Unterstüzungssäcke

(Gieener Bericht)

Beiskretscham, 7. November.

Stadtverordnetenvorsteher Buchwald geht vor Eintritt in die Tagesordnung der schweren Verluste bei den großen Grubenunglücken.

Die Versammlung nimmt darauf Stellung zur endgültigen Feststellung der Kosten der staatlichen Polizei für das Staatsjahr 1930 durch den Regierungspräsidenten. Die Kosten werden danach auf 12.277 RM. festgelegt, wovon der Staatszuschuß zur Befriedung der kommunalen Polizeiobligatoren mit 1.000 RM. für 1930 in Abzug zu bringen ist, so daß von der Stadt-

Seit Jahren beschäftigt sich die Stadtverordnetenversammlung mit der von allen Seiten als dringend anerkannten

## Kanalisation.

Diese Frage rückt nun in ein entscheidendes Stadium. Das Kanalisationsprojekt ist einer Breslauer Firma übertragen worden. Die Kosten dieses Planes werden einschließlich der Prüfungsgebühren des Instituts für Wasser-, Luft- und Bodenhygiene in Berlin insgesamt 5500 RM. betragen. Auf Antrag des Magistrats wird der Preußische Volkswohlfahrtsminister um eine Beihilfe von 4.000 RM. ersucht zur Deckung der Kosten für dieses Gesamtanlagenprojekt. Vom Oberpräsidenten wurden Beihilfen aus dem Ostfonds für Straßen in die noch Kanäle kommen, abgelehnt. Daher kann der notwendige Ausbau der Siedlungsstraße erst mit der Verlegung der Kanalisation zur Ausführung kommen. Trotzdem wird eine baldige Besserung der Verkehrshältnisse durch die Siedlung von allen Seiten als dringend anerkannt. Durch die Sperrung des Schwarzen Weges wird jetzt der ganze Verkehr durch die Siedlungsstraße gezwungen. Der Magistrat schlägt der Versammlung vor, 300 RM. zu bewilligen, um die Straße auszubessern zu lassen.

Stadtverordneter Lindner weist darauf hin, daß diese Summe nicht ausreichen wird und Abzugsarbeiten an der Straße dringend erforderlich sind, da bei den letzten Regenfällen alle Keller der Siedler völlig gelöscht sind. Er beantragt für diesen Zweck 1.000 RM. Dieser Antrag findet die Unterstützung des Stadtverordneten Trojok, wird aber von der Versammlung abgelehnt. Annahme findet ein Vermittlungsvorschlag, der für diesen Zweck 500 RM. fordert. Der Magistrat lebt

## ein großzügiges Notstandsprogramm

für das Winterhalbjahr 1930/31 zur Beschlusffassung vor. Da dies ohne Osthilfe nicht durchzuführen ist, soll durch den Oberpräsidenten beim Minister eine Beihilfe aus dem Reichsofffond beantragt werden. Für dringend erforderliche Straßearbeiten werden 2.000 Tagewerke nachgewiesen. Die Wilhelmshöfer Straße soll bis zum zweiten Reichshaushalt ausgebaut werden. Die Seminarstraße und die Südbahn des Rings sollen zu einer Einbahnstraße für den Verkehr nach Beuthen ausgebaut werden. Außer dem Ausbau der Kirchstraße und der Kirchhofstraße ist noch die Entwässerung der Bahnhofstraße vorgesehen. Zur besseren Verbindung der Altstadt mit der Südstadt soll von dem Hotel Germania bis zur Einmündung der Bahnhofstraße in die Gleiwitzer Straße ein Fußweg mit Bordstein in einer Länge von 300 Meter geschaffen werden. Dem Magistratsplan über diese Arbeiten und ihre Finanzierung aus verstärkter Grundförderung und einem langfristigen Darlehen wird zugesagt.

Die Interessengemeinschaft der Erwerbslosen hat bei dem Magistrat einen Antrag eingereicht, wonach folgende

## Eine neue Marktordnung

soll eingeführt werden. Da die Stadtverordneten sich mit der Vorlage noch nicht befassen konnten, wird beschlossen, die Marktkommission zu erweitern und mit der Prüfung der neuen Marktordnung zu beauftragen. Zu den Mitgliedern Lust und Kropivoda werden noch gewählt: Spata, Kaschuba, Biduch, Linke, Koj, Kascha, Opielka, Emanuel Meyer, Wirklich, Lindner. Die Einführung der neuen Marktordnung soll dann in der nächsten Sitzung erfolgen.

Manche junge Dame wird es als äußerst peinlich empfunden haben, wenn sie festlich gekleidet in den Spiegel schaute und ihr Gesicht nicht die Klarheit und Reinheit zeigte, die man bei den Damen im allgemeinen so schätzt. Es ist aber nicht schwer, die unreine Haut wieder geschmeidig zu machen. Die moderne Kosmetik hat in der "Venus-Creme" ein Mittel geschaffen, das schnell und sicher alle Unreinheiten entfernt.

# Unterschlagungen bei der Gleiwitzer Gebäudeverwaltung

(Gieener Bericht)

Gleiwitz, 7. November.

Einen Einblick in die städtische Gebäudeverwaltung gab der Prozeß, der sich am gestrigen Freitag vor dem Erweiterten Schöffengericht abspielte. Der frühere Angestellte St. war beschuldigt, während seiner Tätigkeit in der Gebäudeverwaltung der Stadt Gleiwitz die einklassierten Mieten nicht in voller Höhe abgeliefert zu haben, sodaß sich beim Abschluß des Rechnungsjahres 1928 im Frühjahr v. J. ein Fehlbetrag von 2.752,13 RM. ergab. Bekanntlich ist die Gebäudeverwaltung durch die große Wohnungsnutzung und die damit zusammenhängende Bauausführung der Stadt immer mehr erweitert worden, sodass die Zahl der Mieter heute ein mehrfaches des Standes von 1923, der Zeit der Bildung des Büros der Gebäudeverwaltung, beträgt. Da die Mieten nicht regelmäßig gezahlt wurden, hatten der Leiter und seine Angestellten die Einlichkeit halber die Bezeichnung der Mietzettel selbst durchzuführen. Dies geschah in der Weise, daß das mit der Einziehung der Mieten beantragte Periodon an bestimmten Tagen die Mietbeträge in den Wohnungen selbst eingeziffert bzw. im Büro entgegennahm. Trotz der regelmäßigen Kontrollen hatte es St. verstanden, Gelder hinter sich zu halten. Der Fehlbetrag verteilt sich auf 69 Mietkonten der Häuserblocks Beidestraße, Ulanentorstraße, Herrmanns- höh und Flugplatz.

Nachdem einige Unstimmigkeiten in den Konten durch den Leiter ermittelt worden waren, wurde dem Verurteilten Gelegenheit geboten, an der restlichen Auflösung des Fehlbetrages noch mitzuwirken. Hierbei stellte sich heraus, daß sämtliche Fehlbeträge auf die von St. entgegengenommenen Mietbeträge entfielen. Obwohl der Angeklagte jeden Fehlbetrag durch Namensunterschrift als zu seinen Lasten gehend bei der Prüfung freiwillig anerkannte, erklärte er nunmehr

nicht zu wissen, wo die Fehlbeträge geblieben sind. Der Vorfall hatte das Schöffengericht schon einmal beschäftigt, wobei der Beschluss herbeigeführt wurde, einen Sachverständigen zu hören. Die eingehende Nachprüfung durch den Sachverständigen, deren Ergebnis in einem umfangreichen Gutachten niedergelegt wurde, hat ergeben, daß die vom Büro unter Mitwirkung des Angeklagten durchgeführte Prüfung durch das Richteramt war und in keinem Punkte zu Beanstandungen Anlaß gab. So hatte denn der Anklage, Professor Dr. Münniger, hier auf Grund der Beweisaufnahme den Tatbestand der Unterschlagung für gegeben und beantragte eine Gefangenstrafe von 9 Monaten. Als Milderungsgrund kam lediglich die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten in Frage und er überließ es dem Gericht, auf Strafaussetzung mit der Aussicht auf Begnadigung zu erkennen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Unterschlagung zu sechs Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens. In der Begründung brachte der Vorsitzende zum Ausdruck, daß strafmildernd der Umstand sei, daß der Fehlbetrag gedeckt und der Stadt ein Schaden nicht erwachsen sei, ferner habe das Gericht die bisherige Unbescholtenheit als strafmildernd anerkannt. Strafverschwerend sei jedoch der schwere Vertragsbruch. Das Gericht hat aber eine Strafaussetzung von 3 Jahren nach Verbüßung einer Teilstrafe von 3 Monaten festgestellt. Der Verhandlung wohnte Landgerichtspräsident Dr. Hünerfeld bei.

## Borek

\* Sängermärsche. Der Arbeitergesangverein Borek-Julienhütte begibt sein 19-jähriges Sängerfest durch einen Sängermärsche am Sonntag, um 19 Uhr, im großen Saal des Hüttenfestes.

## Mitschüß

\* Jubiläum. Am Dienstag begeben Gemeindebaumeister Kiefer und seine Gattin das Fest der Silbernen Hochzeit.

## Gleiwitz

\* Versammlung der Behördenangestellten. Die Ortsgruppe des Reichsverbandes der Büroangestellten und Beamten hatte die Behördenangestellten und Angestellten der Sozialversicherungsträger zu einer Versammlung eingeladen. Das Hauptreferat hielt der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Büroangestellten und Beamten, Lissel. Ausgehend vom Erlass des Reichsfinanzministers, durch den die Verwaltungen aufgefordert wurden, alle Dienstverträge der Reichsangestellten zum 31. März 1931 zu kündigen, wies er nach, daß dieser Erlass einen Verstoß gegen die vertraglichen Bestimmungen und vor allem in überzahlreichen Fällen auch noch eine Verletzung der Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der älteren Angestellten vom 9. Juli 1926 darstellt. Die Gleichstellung von Beamten und Angestellten müßte zur Voraussetzung haben, daß die Angestelltenchaft auch sonst entsprechend ihrer Tätigkeit und ihrer Leistung ebenso wie Beamtenchaft behandelt werden, d. h., daß man ihr bei gleicher Leistung auch die gleiche Belohnung, die gleiche Aufstiegsmöglichkeit und die gleiche oder doch wenigstens eine ähnliche Altersversorgung gewährt. Die Angestelltenchaft legt daher mit aller Entscheidlichkeit Verwahrung gegen die geplante Maßnahme ein.

\* Neuer Baublock am der Coseler Straße. Die Deutsche Land- und Baugesellschaft hat auf der Ecke Coseler/Mansfeldstraße, nach Niederlegung des halbzerfallenen Kleinhaußes, das an dieser Stelle in dem neu entstehenden

Straßenbild von einem geradezu feindlichen Eindruck war, mit der Errichtung eines großzügigen Baublocks begonnen. Der Block wird 1-2- und 2½-Zimmerwohnungen enthalten. Alle Wohnungen werden mit Eingang, Küche, Bad, Toilette, fliegendem Falten und warmem Wasser und mit Zentralheizung ausgestattet sein. Außer dem allgemeinen Trockenboden sind für jede Wohnung ein Bodenverschlag und ein Keller vorhanden. Alle Räume, auch die Keller und Böden, erhalten elektrische Beleuchtung, die Flure auch Nachttbeleuchtung. In den Parterre-Hausfluren werden für alle Parteien Briefkästen eingerichtet. Um den Block herum kommen Grünanlagen, wie sie bereits auf der Mansfeldstraße vorhanden sind. Die Mieten werden zeitgemäß sein. Die Wohnungen sollen in der Hauptstraße an weniger hemmte jüngere Chevaux vermieter werden.

\* Tischtennisclub "Grün-Weiß". Der Tischtennisclub "Grün-Weiß" hielt seine Jahreshauptversammlung im Vereinslokal "Ratiobor-Schloßbrau" ab, die vom 1. Vorsitzenden, Rygo, eröffnet wurde. Nach Eröffnung der Jahresschichten dankte der Vorsitzende

Riesenkarussell Gleich in Beuthen gibt heute, Sonnabend und morgen Sonntag, je zwei Vorstellungen, nachmittag 3 Uhr und abend 8 Uhr. Auch in den Nachmittagvorstellungen gelangt das garantiert volle Abendprogramm zur Aufführung, in welchen nichts fortfällt. Der "zollende Zoo" des Riesenkarussells Gleich, der unter seinen 800 Tieren die seltenen gotischen Exemplare enthält, ist täglich von 9 Uhr vormittag bis 6 Uhr abend den ganzen Tag über durchgehend geöffnet. Außerdem geben die vereinigten Kapellen des Riesenkarussells Gleich noch täglich Freikonzerte, und zwar heute von 11 bis 12, 2 bis 3 und 7 bis 8 Uhr; Sonntag von 10 bis 12, 2 bis 3 und 7 bis 8 Uhr. Der sich alljährlich wiederholende Andrang läßt es ratsam erscheinen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versetzen, welche im Vorverkauf im Zigarrenhaus D. Königsberger, Kaiser-Franz-Joseph-Platz 6, Tel. 4593, Bahnhofstraße 30, Tel. 2676, zu haben sind sowie an den zwölf Kiosken, welche täglich ab 9 Uhr vormittag geöffnet. Telefonische Bestellungen werden unter Nr. 2274 entgegengenommen. — Die ausgegebenen Vorzugskarten behalten nur noch bis Dienstag Gültigkeit, nicht aber für die nächsten Tage.

# das neue Winteroel

geschafft für den modernen Vielzylinderwagen!  
Gutes Fließvermögen bei tiefen Temperaturen!  
Zuverlässige Schmierung sofort beim Starten!

Keine Startschwierigkeiten mehr!

JETZT OELWECHSEL • JETZT OELWECHSEL • JETZT OELWECHSEL • JETZT OELWECHSEL • JETZT OELWECHSEL







# Reichsrat beginnt Statsberatung

Telegraphische Meldung

Berlin, 7. November. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen der Reichsratsausschüsse, bei denen wieder Reichsfinanzminister Dietrich den Vorsitz führte, wurde das Ausgabenbegrenzungsgesetz in erster Lesung erledigt. Die Ausschüsse erledigten ferner die Novelle zum Einkommensteuergez. Es handelt sich um die Weitererhebung der Ededigensteuer, des 5prozentigen Zuflages zur veranlagten Einkommensteuer und der Aufsichtsrate der Einkommensteuer, die auf 6 Prozent des Gesamteinkom-

mens festgesetzt wird. Die Meldungen, daß Beamte, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, also mehr als 8000 Mark Jahreseinkommen haben, wegen der Gehaltsförderung künftig von dem 5prozentigen Einkommensteuerzuflage befreit sein sollen, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Novelle zum Einkommensteuergez. wurde von den Ausschüssen auch sogleich in zweiter Lesung erledigt.

Die Ausschüsse begannen am Nachmittag die Statsberatungen.

# Die Gasverluste des R 101

Telegraphische Meldung

London, 7. November. Vor dem Ausschuss zur Untersuchung der Katastrophe des R 101 erregten zwei dienstliche Berichte beträchtliches Aufsehen, die dem Vorsitzenden des Ausschusses eben erst vom Luftschiffhafen Cardington zugegangen sind. Sir John Simon erklärte dazu mit scharfer Beleidigung, er möchte gerne wissen, warum ihm denn diese Berichte nicht früher zugeliefert worden seien. Einer der Berichte stammt von dem Konstrukteur des Luftschiffes R 101, Richmond. Es ist darin die Rede davon, daß durch die Reibung der Gasläufe an dem Luftschiffgerippe außerordentlich ernst zu nehmende Verluste an Gas zu verzeichnen seien.

In dem anderen Bericht, der von einem Beamten des Luftschiffahrtministeriums stammt, ist ebenfalls von den Gasverlusten infolge Reibung die Rede. Der Beamte gab eine bis zum 19. Juli befristete Flugerlaubnis, weigerte sich aber ausdrücklich, die Flugerlaubnis weiter auszudehnen.

Eine ähnliche Ansicht hat übrigens in diesen Tagen auch Dr. Edeker ausgesprochen, der die Schuld an dem R. 101-Unglück entsprechend seinen Erfahrungen bei dem Flug am gleichen Tage ebenfalls auf Gasverluste und Mängel im Bau des englischen Luftschiffes zurückführte.

# Mißglüctter Raubüberfall

Telegraphische Meldung

Potsdam, 7. November. Donnerstag abend wurde auf ein Lieferauto des Beamtenwirtschaftsvereins aus Potsdam ein Raubüberfall verübt. Das Auto hat an verschiedenen Tagen der Woche die Landkundschaft in den einzelnen Dörfern zu beliefern. Auf der Heimfahrt nach Potsdam saß der Chauffeur Walter Höpfner über die Chauffeur gestellt einen Personenwagen stehen. Er gab zweimal Hupensignal. Da das andere Auto sich aber nicht rührte, mußte er abstoppen. Im selben Augenblick sprangen aus dem Gebüsch am Chausseerand

zwei maskierte Männer hervor und schwangen sich auf das Trittbrett des Lieferautos. Der eine schlug mit einer Stahlrolle nach dem Gesicht des Höpfner. Höpfner sah, daß der zweite Wegelagerer eine Pistole in der Hand hatte. Blitzechnell gab er Gas und der Wagen raste heftig an. Dadurch fielen die Räuber zu Boden. Es gelang Höpfner, mit seinem Wagen an dem anderen Auto vorbeizuzkommen. Soweit der Chauffeur feststellen konnte, muß der Wagen eine vier- oder sechsfache Geschwindigkeit erreicht haben. Die Nummer

# Aus aller Welt

Mit falschen Namen durch die Welt

Berlin. Einem sonderbaren Schicksalszug ist die Berliner Polizei durch einen Zufall auf die Spur gekommen. Ein ostpreußischer Bauer hatte vor Jahren einen falschen Namen angenommen, um nicht unter dem durch ein Verbrechen belasteten Vatersnamen zu leiden. Aber auch dieser Name ward ihm zum Verhängnis. Ein neuerlicher Namenswechsel führte ihn — nach Jahren arbeitsamen bürgerlichen Lebens — wiederum in Verdrängnis, bis jetzt die Polizei sich dieses falschen „Talles“ annahm.

Im Jahre 1892 wurde in Insterburg in Ostpreußen ein Gutsbesitzer erschlagen und beraubt. Der Täter, der ermittelt und verhaftet wurde, war ein Justmann namens Bernd, der zur Zeit des Mordes einen zwei Jahre alten Sohn namens Adolf hatte. Bernd wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Als der Sohn heranwuchs, mußte er immer wieder erleben, daß man ihn auf das Verbrechen seines Vaters ansprach.

Er suchte schließlich anderswo ein Unterkommen. Der Zufall führte ihn mit einem gewissen Kalin zusammen. Diesem entwendete er die Papiere und lebte von jetzt an unter dem Namen Kalin. Da er fleißig war, fand er Beschäftigung auf dem Lande. Seine Namenswahl erwies sich aber später als Mißgriff. Der richtige Kalin war ein Raubbold und hatte deshalb schon wiederholt mit den Behörden zu tun gehabt. Und wieder war es eine Mordsache, in die Bernd verstrickt wurde, denn Kalin hatte in einer Schlägerei einen Mann erschlagen und wurde nun von der Polizei gesucht. An seiner Stelle nahm man nun den falschen Namensträger fest. Drei Wochen mußte er in Untersuchungshaft verbringen, bis man ihn den Zeugen gegenüberstellte, die den Mann natürlich nicht kannten. Man ließ ihn deshalb wieder frei. Bernd gab die Landwirtschaft auf und kam im Jahre 1911 als 22jähriger nach Berlin. Hier traf er einen gewissen Roth, der in Geldverlegenheit war. Er erklärte sich bereit, ihm ein Darlehen von einigen hundert Mark zu geben, verlangte aber als Gegenleistung

# Mit 34 Jahren Minister!

Vom Konservativen zum Arbeiterpartei

Sir Oswald Mosley, ein einflußreicher aristokratischer Arbeiterpartei, hat sich durch eine Denkschrift über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen bekannten Namen gemacht. Er ist heute erst 34 Jahre alt, entstammt einer angesehenen und reichen Familie, ist ein gut aussehender, eleganter Mann und mit der zweiten Tochter des verstorbenen Lord Curzon verheiratet. Im Jahre 1918 zog er als Konservativer ins Parlament ein, verließ jedoch sehr bald schon das Lager der Tories. Die Wahlen 1924 brachten seinen Übergang zu Labour. Hier tat er sich rasch hervor. Im zweiten Kabinett MacDonald wurde er Minister. Er setzte sich mit Nachdruck für eine radikale Wendung in der Wirtschaftspolitik ein, aber das von ihm ausgearbeitete Memorandum, das sehr drastische Reformen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorschafft, wurde von MacDonald und den übrigen Ministern abgelehnt. Sir Oswald reichte daraufhin seinen Abschied ein. Seitdem stellt er innerhalb der Labour-Partei eine, wenn auch einsame, überaus einflußreiche Persönlichkeit dar: ein Oppositioneller innerhalb der eigenen Partei, ein scharfer Kritiker der Labour-Politik in der Arbeitslosenfrage und gleich gefürchtet vom rechten wie vom linken Flügel der Partei.

Die Charaktereigenschaften, die Sir Oswald Mosley auszeichnen und die ihn auf der politischen Ebene mit einer selbst in England selten gelernten Geschwindigkeit vorwärts gebracht haben, sind, außer einer allgemeinen hohen Begabung und einem stark ausgeprägten politischen Instinkt eine stete Bereitschaft zum

Handeln, ein außerordentliches Rednertalent und ein großer, geradezu brennender Ehrgeiz.

Die rasche und entschlossene Art, mit

der er in seiner Laufbahn mit seinen Parteibeziehungen und mit überlebten Gründägen gebrochen hat, wird in England bewundert. Alle, die ihn gehört haben, sind sich darin einig, daß nächst MacDonald, Lloyd George und Lord Robert Cecil kaum ein anderer lebender Engländer in so großem Maße die Gabe besitzt, seine Zuhörer durch das Feuer und die Aufrichtigkeit seiner Rede hinzureißen und zu überzeugen, wie es Sir Oswald Mosley vermögt.

Im Lager der Labour-Partei steht der junge, feurige Sir Oswald Mosley dem alten, verknöcherten Philip Snowden gegenüber. Sir Oswald Mosley sieht im Gegensatz zu dem am Freihandel festhaltenden Snowden das Heilmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Wiederaufrichtung der britischen Prosperität in einer weiteren Ausdehnung der Schußpolizei. Alles, was in der Labour-Partei jung ist und mit dem „Snowdenismus“ brechen will, schart sich um Mosley. Doch nicht nur die Jugend der Labour-Partei allein: Die jungen Unzufriedenen aller Parteien schauen nach ihm hin. Sie nennen ihn nicht anders, als „einen der zukünftigen Premierminister Englands“. Noch ist es sicher damit zu früh, aber es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es Sir Oswald Mosley beschließen wird, in der Geschichte Englands noch eine hervorragende Rolle zu spielen.

George Popoff, London.

# Handelsnachrichten

## Frankfurter Spätbörsen

Teilweise schwächer

Frankfurt a. M., 7. November. Der neue Rückgang an der Pariser Börse führte zu weiterer Zurückhaltung am hiesigen Platz. Das Geschäft bewegte sich in sehr engen Grenzen. Die Kurse waren teilweise schwächer. Farben 138,25, Salzdorf 260,50, Commerzbank 114,25. Kulisse: Deutsche Diskonto 110,50, Hapag und Lloyd je 73,50, Aku 69, Lahmeyer 144, Holzmann 77, Gelsenkirchener 87, Licht und Kraft 122, Deutsche Lioniene 124. Auch im Verlauf sehr ruhig. Neuobliganzleihe 6,50, Altobliganzleihe 54,25, 5prozentige Silbermexikaner 9,25. Schlußkurse: Barmer Bankverein 101, Dresdner Bank 110,50, Reichsbahnvorzugsaktien 87%, Nordde. Lloyd 73%, Aku 68,50, AEG 113,50, Aschersleben 190, Westergeln 192, Phönix 66, Schuckert 132%, Svenska 283, Deutsche Linoleum 125, Gelsenkirchener 87,50, Mannesmann 71,50, Farbenindustrie 138%. Feilen & Guilleaume 94, Verkehrsweisen 57,80, Waldhof 108,75.

Krieges im Jahre 1914 war sein Schnabel blutig. Damals dauerte das Wunder bis kurz vor dem Waffenstillstand ununterbrochen an. Der Eigentümer des Vogels ist so von seiner prohetischen Gabe überzeugt, daß er ihn jedesmal zu Rate zieht, wenn ein Krieg in der Luft liegt, und bisher hat sich das Wunder stets bewahrheitet. Ob die merkwürdige Fähigkeit, die an der Stelle, wo der Vogel steht, bereits einen großen dunklen Fleck hervorgerufen hat, tatsächlich Blut ist, hat man vorläufig lieber nicht untersucht.

Handelsnachrichten

# Bei den Grenzlanddeutschen in Nordschleswig

Bon Sud. Günther Chralla, Brieg

Holsteborg — strahlende Sonne über den Giebeln der Stadt — hell blinken die Fenster der Häuser. Es ist Markttag. In langen Reihen stehen die Fischhändler. Der Geruch des Meeres liegt über dem Platz. Deutsch und Plattdeutsch schwirren durcheinander. Grenzstadt! Das heutige Leben und Treiben bedeutet nur noch einen schwachen Abgalanze des einstigen Holsteborgs. In wirtschaftlicher Beziehung ist die Stadt heute im Er liegen. Nordschleswig als Hinterland gehört zu Dänemark. Geradezu trostlos sind die Folgen: verödet liegt Holsteborgs Freihafen, verödet liegen die Häfen — verödet liegen die Werften Holsteborgs, eine sterbende Stadt! Langsam mählen die Schrauben unseres Dampfers, der eine mühselige Rauchfahrt über die heftigste Föhrde nachschleppt. Unterdessen richten wir, die sieben Studenten, die einen Teil der Ferien bei den Nordschleswig-Deutschen verbringen wollten, uns im Rettungsboot gemütlich ein bis zur Paßkontrolle in Kollund. Mit zwei dänischen Kommunistinnen beginnen wir ein Gespräch, das aus einem wütenden Rauderwisch von Deutsch-Schwedisch und Dänisch bestand. Gravestein — uns bekannt durch seine Aepfel — ist ein großes Schloß und ein kleiner Ort. Die Stadt prangt im Flaggenenschmuck — der Danebrook knattert im Winde — man feiert irgend eine Hochzeit, keine außergewöhnliche, aber die ganze Stadt freut sich! Bei der Abstimmung war die Stadt fast ganz deutsch — heute spricht man nur noch dänisch. — Wir wandern über das Nybølmoor. In der Ferne leuchtet der Doppelturn von Broderup. Uralte Typen von Fordautos schaukeln heran. Chevrolet und Ford beherrschen den Automarkt! Uebersättigte Autobahnen (Rundreiseantos) rattern um die Kurven, die von

die Büchereien systematisch aus. Die fast rein dänischen Teile des Landes besuchen deutsche Wanderbüchereien. Drei deutsche Einrichtungen arbeiten nebeneinander:

erstens der Deutsche Schulverein, zweitens der Deutsche Jugendbund, drittens der Schleswigsche Wählerverein.

Dieser Verein, Vorsitzender Pastor D. Schmidt-Wodder, ist der Zusammenschluß der wahlfähigen Deutschen. Vielleicht gelingt es, schließlich auch einen beträchtlichen Teil der Leute zu erfassen, die man mit „hakade“ (die Buntens) bezeichnet — sie verstehen nur den Begriff Heimat — ein Vaterland kennen sie nicht. Noch auf einen anderen Teil der Bevölkerung kann man nicht unbedingt bauen, weil ihre Stellungnahme zu sehr von der allgemeinen politischen Lage abhängt — das sind die Deutschen, die kulturell für Deutschtum eintreten — politisch aber zur dänischen Sozialdemokratie hinneigen und in diesem Zusammenhang tatsächlich gegen deutsche Interessen gestimmt haben. Der Deutsche Jugendbund schließt die Schulentlassenen zusammen. Für die Schuljugend sorgt der Schulverein, der mit dankenswerter Unterstützung des VDA deutsche Privatschulen baut und Wanderschulen unterhält. Um Sonderburg lebt ein schwieriger Menschenschlag — bei der Abstimmung wurden fast nur dänische Stimmen abgegeben. Die Trennungslinie deutsch-dänisch läßt sich nicht ganz genau festlegen — sie geht mitten durch die Familien — ein Bruder z. B. ist namhafter Dänenschüler, seine Geschwister denken deutsch!

In Apenrade übernachteten wir in der deutschen Jugendherberge, die wundervoll auf dem Ahrendsborg liegt und auf die Stadt und die Föhrde herabblickt. Hier mußten wir uns mit einigen dänischen Eigentümlichkeiten konfrontieren: Die Post wird um 9 Uhr geöffnet und schließt ihre Pforten schon um 17 Uhr. Marken-

automaten scheinen unbekannt zu sein — obwohl an Automaten fast das Unmögliche geleistet wird. Der ganze Laden ist hierbei noch einmal vertreten — Zigaretten, Bananen, Schnürsenkel, Spielzeug, Kaugummi, unsäglich geschmaclose Bilder, Sardinen usw. — alles ist zu haben! Der Automat gibt Ihnen sogar auf zwei Kronen 85. Dere wieder heraus! Nebenwegen ist Geschäftsschlüssel um 18 Uhr — — damit die Angestellten die Badeanstalt besuchen können! Am Sonnabend schlafen alle Geschäfte erst um 21 Uhr. Eine Ausnahme bilden nur die Bäder, die täglich bis 21 Uhr geöffnet sind — denn abends trinkt man noch einmal Kaffee. In Apenrade ist die größte deutsche Privatschule, ein ganz moderner Klunkerbau. Die dänische Grenzlandbewegung hat in Apenrade einen sehr einflußreichen Mann, B. H. Hansen, den Herausgeber des dänischen „Heimdal“. Über Rundemühle ging der Weg zum Knivsberg mit dem Bismarckturm. Ein weiterer Blick über die Grenzberge — langsam treiben einige Segler an der Dniel Barso vorüber, im Süden erscheint am Horizont das Düppeldekmal. Im Norden die Säule von Skamlingsbanke, das Nationalheiligtum der Dänen Nordschleswigs. Das Knivsbergfest hingegen vereinigt alle Schleswiger deutscher Ge- sinnung.

In Tingleff — bekannt durch seine Volkschule — lernten wir drei Vertreter des kämpfenden Deutschtums kennen: Pastor Koopmann, der im dänischen Folksing für die deutschen Schulen eintritt, Deyßen, den Volkswirtschaftler und Niessen, den Führer der deutschen Freikirchenbewegung — Über Holsteborg fuhren wir nach Schleswig. Vom Turm des Schleswiger Domes aus überschauten wir noch einmal das Land, das wir lieb gewonnen hatten. Sehr mußten wir an das lehnen, so unendlich schlichte Worte unserer Brüder in Rödding denken — zum Abschluß riefen sie uns ein „Erinnerung“ zu. „Vergeht uns nicht!“ Denkt an uns!

